Ausgabe 3/2020, September 2020

ISSN 1433-9064

NACHRICHTEN
der Sudetendeutschen in Baden-Württemberg

„Ein Grundstein unserer Demokratie“
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart-Bad Cannstatt

Feierliches Gedenken, v.l.: Stephan Rauhut, Dr. Bernd Fabritius, PSts Stephan Mayer, Christian Knauer, Dr. Susanne Eisenmann, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Dr. Maria Werthan, Raimund Haser MdL und Reinfried Vogler (Foto: BdV/bildkraftwerk).

„Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutsche Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und verkündet.“

So beginnt die Deklaration, die das Präsidium des Bundes der Vertriebenen anlässlich des 70. Jubiläums der Charta verabschiedet hat.

Diese Deklaration bringt die Weitsicht des am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt unterzeichneten Dokumentes ebenso wie noch heute offene Anliegen auf den Punkt. Verzicht auf Rache und Vergeltung, Selbstverpflichtung zur Eingliederung und zum Wiederaufbau, Recht auf die Heimat und Einsatz gegen Vertreibungen weltweit sowie „eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas“: Das sind die Werte, die einflossen in den ersten Tag der Heimat, der mit der Charta-Verkündung am 6. August 1950 vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses eingeläutet wurde – in einer Zeit, als Landsmannschaften und Landesverbände der Vertriebenen einander oft noch in Konkurrenz begegneten und der BdV als gemeinsamer Dachverband noch sieben Jahre von seiner Gründung entfernt war.

Gruppenfoto in Corona-Zeiten, v.l.: Brunhilde Reitmeier-Zwick, Dr. Maria Werthan, Johann Thießen, Raimund Haser MdL, Reinhold Frank, Milan Horáček, Stephan Rauhut, Christian Knauer, Dr. Susanne Eisenmann, Siegbert Ortmann, Reinfried Vogler, Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius und Albrecht Schläger (Foto: BdV/bildkraftwerk).

Geplante „Hommage“ an das „Grundgesetz“ der Vertriebenen

Das diesjährige Jubiläum hätte zu einer besonderen Hommage an dieses „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen und an eine der größten und erfolgreichsten jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihen – den Tag der Heimat – werden sollen. Wie 1950 sollte die Charta gemeinsam mit dem Tag der Heimat gefeiert werden. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesinnenminister Horst Seehofer sowie die baden-württembergische Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Dr. Susanne Eisenmann, hatten neben den BdV-Repräsentanten Dr. Bernd Fabritius – für den Bundesverband – und Iris Ripsam – für den Landesverband – ihr Kommen zugesagt. Das BdV-Präsidium, viele Vorsitzende der Landesverbände und Landsmannschaften sowie deutsche wie internationale Partner aus Politik und Kultur hatten den Termin fest im Kalender.

Doch dann machte die Corona-Pandemie sämtlichen Planungen einen Strich durch die Rechnung. Entsprechend der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und mit Rücksicht auf die von einem Ansteckungsrisiko besonders betroffenen Gruppen musste die im Weißen Saal des Neuen Schlosses geplante Veranstaltung abgesagt werden. Alles Trachten war nun darauf ausgerichtet, das Charta-Jubiläum und den Startschuss zum Tag der Heimat dennoch angemessen, risikoarm und zumindest medial weithin sichtbar zu begehen.

Iris Ripsam bei ihrer Begrüßung (Foto: BdV/bildkraftwerk).

Feierliche Kranzniederlegung in Bad Cannstatt

Eine feierliche Kranzniederlegung am Denkmal der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Kurpark von Bad Cannstatt – von großem Medieninteresse begleitet und filmisch dokumentiert – war die Lösung. Unweit des Kursaals, wo die Vertreter der Landsmannschaften und Landesverbände auf den Tag genau sieben Jahrzehnte zuvor getagt hatten, ließen also am 5. August 2020 die höchsten Staatsämter, die Ministerpräsidenten der Länder und einige Bundesparteien sowie der Bund der Vertriebenen und viele Mitgliedsverbände Kränze zum Gedenken an dieses wichtige Ereignis sowie an die Opfer von Flucht und Vertreibung niederlegen. Worte der Würdigung fanden – in dieser Reihenfolge – die BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. Mit Franz Longin, dem Sprecher der Südmährer, und Reinfried Vogler, dem Präsidenten der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, waren mindestens zwei Zeitzeugen der Charta-Verkündung anwesend.

Iris Ripsam erinnerte an die gewaltigen Bevölkerungs- und auch demokratischen Mehrheitsverschiebungen, die es durch Flucht und Vertreibung auch in Baden-Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hatte. Für die Gründung des Bundeslandes 1952 etwa seien die Stimmen der Vertriebenen entscheidend gewesen. Gleichzeitig zeichnete Ripsam ein Bild von der materiellen Not, die damals geherrscht hatte, und verdeutlichte diese an einer Familienerinnerung: So habe ihre aus dem Sudetenland vertriebene Mutter auf der Suche nach Nahrung an einer Haustür geklopft, und eine junge Mutter habe ihr jeweils ein paar Löffel Suppe aus den bereits auf dem Tisch stehenden Tellern der Familie abgeschöpft. „Meine Mutter hat dies in ihrem Leben nie wieder

vergessen“, so die BdV-Landesvorsitzende. Diese Not sowie die noch frischen Erinnerungen an Krieg und Vertreibung müssten bei der Bewertung der Charta immer mitgedacht werden.

Kultusministerin Eisenmann knüpfte inhaltlich an diese Aussagen an. Nach dem von deutschem Boden ausgegangenen Zweiten Weltkrieg sei das Leid der Vertriebenen enorm gewesen. „Unrecht kann auch nicht durch Worte oder durch bloße rhetorische Betroffenheit wiedergutgemacht werden. Und vor diesem Hintergrund ist der Schritt zu Versöhnung in Europa ein großer gewesen – ein so großer, dass er bis

Dr. Susanne Eisenmann bei ihrer Ansprache (Foto: BdV/bildkraftwerk).

heute intensiv nachwirkt“, betonte die Ministerin, würdigte gleichzeitig die Wiederaufbauleistung der deutschen Heimatvertriebenen und dankte für den jahrzehntelangen, erfolgreichen Einsatz im Sinne der Charta.

Sie erinnerte überdies daran, dass sich das Dokument auch auf die baden-württembergische Landesverfassung ausgewirkt habe. Dort bekennt sich das Volk Baden-Württembergs „zu dem unveräußerlichen Menschenrecht auf Heimat“. Aufbauend darauf sei das Recht auf Heimat „hierzulande gelebte Wirklichkeit“ geworden, erklärte Dr. Eisenmann und verwies auf die kulturelle Vielfalt, den wirtschaftlichen Erfolg und die demokratische Stabilität des Bundeslandes im Herzen Europas, woran auch die Vertriebenen einen wichtigen Anteil hätten.

In einer thematisch zweigeteilten Ansprache gedachte BdV-Präsident Fabritius zunächst der Opfer von Flucht und Vertreibung. Das Schicksal der rund 15 Millionen vertriebenen Deutschen, von denen mehr als zwei Millionen ums Leben gekommen oder vermisst geblieben seien, bleibe eine fortwährende Mahnung, „die Zukunft vor einer Wiederholung der grausamen Ereignisse der Vergangenheit mit klugem und weitsichtigen Handeln“ zu schützen. Mit dem Ziel einer möglichst empathischen Erinnerungskultur und vor dem Hintergrund weniger werdender Zeitzeugen werde es immer wichtiger, individuelles Leid aus diesem Massenschicksal herauszulösen und sichtbar zu machen, so der

Dr. Bernd Fabritius bei seinen Gedenkworten, im Hintergrund das Charta-Denkmal (Foto: BdV/bildkraftwerk).

BdV-Präsident.

Im Folgenden ging auch er auf die Entstehungsbedingungen der Charta und die Aktualität ihrer Inhalte ein, setzte aber mit der Gefahr der politischen Instrumentalisierung von Flüchtlingsströmen einen anderen Akzent. So sei es insbesondere das Ziel des sowjetischen Diktators Josef Stalin gewesen, dass die deutschen Heimatvertriebenen eine destabilisierende Wirkung entfalten mögen. Derartige Strategien seien auch heute noch zu beobachten, betonte Fabritius mit einem Blick auf die Lage an der griechisch-türkischen Grenze im Frühjahr 2020. Mit der Charta von 1950 sei jedoch ein friedensstiftendes Zeichen der Verständigungsbereitschaft ausgesandt worden, aus dem den Vertriebenen und ihren Nachkommen als Schicksalsgemeinschaft „auf alle Zeit“ Verantwortung erwächst.

Liebe Leserinnen und Leser der Nachrichten der Sudetendeutschen in Baden-Württemberg!
Haben Sie für 2020 schon Ihre „Nachrichten“ bezahlt?

Der reguläre Bezugspreis beträgt 9,00 Euro im Jahr, die – wie sich jeder ausrechnen kann – bei weitem nicht ausreichen, um die „Nachrichten“ herzustellen und zu verschicken.

Wir freuen uns deshalb sehr darüber, wenn Sie den Betrag großzügig aufrunden und unter dem Stichwort **„Nachrichten“** an unser Konto

Landesbank Baden-Württemberg,
IBAN: DE12 6005 0101 0002 4185 35,
BIC: SOLADEST
überweisen.

Dafür herzlichen Dank schon im Voraus sagen Ihnen
Schriftleitung und Verwaltung

Begleitende YouTube-Ausstrahlungen und Grußworte

Im Vorfeld zur Kranzniederlegung fand auf dem YouTube-Kanal des BdV die Premiere des Jubiläumsfilms „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ statt.

Kränze am Charta-Mahnmal (Foto: BdV/bildkraftwerk).

Eindringlich werden darin die historischen Bedingungen der Charta-Entstehung charakterisiert und mit aktuellen politischen Stimmen zur Würdigung der Charta und ihrer Werte unterlegt. Unter anderem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie die Ministerpräsidenten Armin Laschet und Stephan Weil kommen darin zu Wort.

Der Bundestagspräsident hatte eine eigene Videogrußbotschaft übersandt, die ebenfalls kurz vor der Kranzniederlegung über YouTube ausgestrahlt wurde. Auch Schäuble nimmt Bezug auf die Situation der Vertriebenen und erklärt: „Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die historische Bedeutung der Charta ermessen. Sie gilt zu Recht als einer der Grundsteine unserer Demokratie – ein wegweisendes Zeugnis menschlicher Größe, christlicher Humanität und politischer Weitsicht. (…) Ohne den Versöhnungsgedanken der Charta und den immensen Beitrag der Heimatvertriebenen zum wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes wären weder die deutsche Einheit noch die europäische Einigung möglich gewesen.“

Weitere Grußbotschaften via YouTube kamen etwa vom Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida, und dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Markus Ferber MdEP. Gaida erinnerte an das Schicksal der oft als Minderheiten in der Heimat verbliebenen Deutschen und mahnte u.a. „Früher habe ich zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen unterschieden, um zu zeigen, dass wir Teil jenes Volkes sind, das durch den schrecklichen Krieg und seine Folgen zerrissen wurde. Es ist wichtig zu erkennen, dass sowohl die einen als auch die anderen Heimatverlorene sind.“ Ferber wiederum bezeichnete die Charta als eines „der großen historischen Beispiele dafür, dass Menschen fähig sind, einander zu verzeihen und gemeinsam einen Anlauf für eine bessere Welt zu machen“.

Diese Video-Grüße ergänzen die Fülle an schriftlichen Grußworten, von denen die überwiegende Zahl bereits im DOD – Deutscher Ostdienst 3/2020 dokumentiert wurde. Hinzu kam ein besonders herzlicher Beitrag vom Komitee der Nordprovinzen Koreas und dessen Vorsitzendem Dr. Yeom, Seung Wha. Darin kennzeichnete er die Schicksalsverwandtschaft der aus den heute in Nordkorea liegenden Provinzen vertriebenen Koreaner mit den deutschen Heimatvertriebenen, insbesondere im Hinblick auf den Wiederaufbau nach Krieg und Zerstörung: „Dies ähnelt sehr Ihrer eigenen Geschichte, mit der Sie einen entscheidenden Beitrag zum Wirtschaftswunder, zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur demokratischen und friedlichen europäischen Gemeinschaft geleistet haben. Sie und wir haben gleichermaßen Geschichte geschrieben“, so der Komitee-Vorsitzende.

Wir gratulieren

unseren Geburtstagskindern:

zum 85. Geburtstag
Herbert Sieber, Neckarbischofsheim
Guntram Böhm, Waldkirch

Austausch über die Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik

Die Veranstaltung in Stuttgart abschließend, fand nach der Kranzniederlegung ein konstruktiver Austausch zwischen dem BdV-Präsidium, Ministerin Eisenmann und der BdV-Landesvorsitzenden Ripsam statt. Darin wurden viele Bereiche der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik in Baden-Württemberg angesprochen. Gelobt wurde seitens des Präsidiums etwa der Einsatz des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl, die Förderung der im Land ansässigen Institutionen und Organisationen sowie die Einbeziehung des Themas Flucht und Vertreibung in den Schulunterricht. Insbesondere für den letzten Punkt ging ein Dank an die Kultusministerin, die sich ausdrücklich für den Erhalt dieser Kenntnisse und Erinnerungen stark mache. Gerade auch dieses Wissen, so die einhellige Meinung, sei für ein umfassendes Verständnis der deutschen Geschichte und Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt unbedingt notwendig.

Marc-P. Halatsch

Weitere Informationen

Die im Text erwähnte Deklaration finden Sie unter:

- www.bund-der-vertriebenen.de/presse/presse-details/deklaration-des-bdv-praesidiums-zum-70-jubilaeum-der-charta-der-deutschen-heimatvertriebenen

Die YouTube Videos finden Sie unter:

- 70 Jahre Charta: https://youtu.be/fCAIwS_7nwA
- Grußwort Schäuble: https://youtu.be/av9L70EMZmE
- Grußwort Gaida: https://youtu.be/geCOv4wBfWY
- Grußwort Ferber: https://youtu.be/Rw9jytBG5y4

DEKLARATION

zum 70. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutsche Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und verkündet.

Darin setzten wir ganz bewusst ein national wie international sichtbares Zeichen gegen eine weitere Eskalation der katastrophalen Gewalt- und Unrechtsspirale. Diese hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begonnen und mit dem von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust sowie in der Folge mit Flucht und Vertreibung grausame zivilisatorische Tiefpunkte gefunden.

Darin legten wir den Grundstein für die Linderung unserer größten Not und stellten uns die Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands zur Aufgabe. Unsere selbst mitgestaltete Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft trug maßgeblich zur Sicherung des sozialen Friedens bei.

Darin definierten wir das Recht auf die Heimat als ein von Gott der Menschheit geschenktes Recht und gaben sowohl unserem eigenen Einsatz gegen Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit als auch dem internationalen Kampf gegen Flucht und Vertreibung eine menschenrechtliche Basis.

Darin zeichneten wir eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas, in dem allein sich das Recht auf die Heimat für alle Menschen und Völker umsetzen lassen würde. Dieser europäischen Vision galt unser Einsatz von Beginn an.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen wurde gleichsam zum „Grundgesetz“ unserer Arbeit. In der Zeitlosigkeit ihrer Inhalte hat sich diese Bedeutung bis heute erhalten. Daher bekennen wir uns auch 70 Jahre nach ihrer Entstehung zu ihren Grundsätzen und fordern:

1. Vertreibungen sind nach wie vor ein Weltproblem. Dem Recht auf die Heimat muss in Europa und weltweit auch durch strafbewehrte Vertreibungsverbote Geltung verschafft werden. Außerdem gilt es, verstärkt internationale Strategien zu entwickeln oder weiter zu fördern, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrer Heimat heute bedrohter Menschen, Volksgruppen und Völker zum Ziel haben.
2. Die grenzüberschreitende verständigungspolitische Arbeit, die wir deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch die deutschen Minderheiten in den Heimat- und Siedlungsgebieten leisten, trägt bis heute Früchte. Sie befördert den europäischen Einigungsprozess,

wirkt friedens- und zukunftssichernd und hat die Vertriebenen ihrer Heimat wieder näher gebracht. Daher gilt es, politische Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Arbeit fortgesetzt werden kann.

3. Zum Recht auf die Heimat bereits vertriebener Völker und Volksgruppen, also auch der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen, aber auch von Volksgruppen, die als Minderheiten in ihrer Heimat leben, gehören Möglichkeiten, des eigenen Schicksals zu gedenken und die eigene Geschichte zu bewahren sowie die sprachliche und kulturelle Identität zu pflegen und zu erhalten. Dazu bedarf es gesicherter Rechte und einer zukunftsfesten Förderung durch die Heimatländer. Auch Deutschland kann sich hier noch stärker engagieren.
4. Unterscheiden sich auch die Umstände, so ist doch die selbst mitgestaltete Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, die für Flüchtlinge und Migranten unserer Tage Vorbildcharakter haben sollte. Wo eine aktive Beteiligung an Integrationsprozessen gefordert wird und diese einhergeht mit der heute möglichen Unterstützung zur Traumabewältigung, kann der Weg in eine erfolgreiche Zukunft am Ankunfts- und Zufluchtsort geebnet werden.

In der Umsetzung dieser Forderungen sehen wir wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung der Folgen von Flucht und Vertreibung sowie für dauerhafte Stabilität und Frieden in Europa und in der Welt.

„Vertreibung darf nicht in Vergessenheit geraten“

- Videobotschaft zur Erinnerung an die „Charta der Heimatvertriebenen“ in Stuttgart -

Es war sonst immer eine Feierstunde, in der die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Bund der Vertriebenen auf dem Stuttgarter Schlossplatz an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 in Stuttgart erinnerte. Doch ausgerechnet in diesem Jahr, wo sich dieses historische Ereignis zum 70. mal jährt, lässt die Corona-Pandemie eine feierliche Veranstaltung nicht zu. Weshalb sich die Veranstalter dazu entschlossen, mit einer Videobotschaft an die Unterzeichnung und Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu erinnern.

Zum Dreh am Neuen Schloss in Stuttgart, hatte sich eine kleine Runde zusammengefunden, zu der neben der Kreisvorsitzenden der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Stadträtin Iris Ripsam, auch der Schatzmeister des Bundes der Vertriebenen und Vorsitzende der Sing-, Tanz- und Spielkreise in Baden-Württemberg, Reinhold Frank, der Landtagsabgeordnete Konrad Epple, Alt-Stadträtin Bärbel Häring sowie die Kreisobfrau der Sudetendeutschen Landsmannschaft Stuttgart, Waltraud Illner, gehörten.

Musikalisch umrahmt vom Bläserquartett Feuerbach, hoben Stadträtin Iris Ripsam und ihr Sohn Fabian Ripsam in ihrer Videobotschaft nochmals die Bedeutung des „Charta“-Textes hervor.

Dabei machte die Kreisvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU deutlich, welchen Beitrag die deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau Deutschlands und insbesondere Baden-Württembergs geleistet haben. Der Text der „Charta“, die auch als das „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen gilt und am 6.August 1950 vor mehr als 150.000 Menschen vor den Ruinen des Neuen Schlosses in Stuttgart vom Oberschlesier Manuel Jordan verlesen wurde, habe jedoch auch signalisiert, mit welcher Zuversicht die Menschen, trotz ihrem Leid und der Entbehrungen, daran mitwirken wollten, eine friedliche Zukunft in einem geeinten Europa mitzugestalten. „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig….“ heißt es da weiter in der „Charta“, eine Aussage, die nach Meinung von Iris Ripsam in der Geschichte unseres Volkes Anerkennung und Würdigung erfahren müsse. Auch sei der Blick der deutschen Heimatvertriebenen auf ein geeintes Europa in ihrer 1950 formulierten „Charta“ ein weitblickender Gedanke gewesen, um Friede auf Dauer zu ermöglichen. Fabian und Iris Ripsam machten in ihrem Vortrag auch auf die Abschnitte der „Charta“ aufmerksam, wo die deutschen Heimatvertriebenen auf den Verlust ihrer Heimat aufmerksam machten und in diesem Zusammenhang formulierten „…Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“ Eine Forderung, für die immer wieder die Stimme erhoben werden müsse, so die Christdemokratin, die mahnend hinzufügte, dass die Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten dürfe.

In einem Grußwort für den Bund der Vertriebenen Baden-Württemberg, erinnerte Reinhold Frank schließlich an das erlittene Leid der deutschen Heimatvertriebenen und ihren unbändigen Willen am Aufbau des kriegszerstörten Deutschland, bevor das Bläserquartett Feuerbach mit dem „Deutschlandlied“ den Video-Dreh musikalisch abschloss.

Helmut Heisig -
UdVF - Stuttgart -

Wiesbadener Abkommen 2020

Grußwort des Präsidenten der Bundesversammlung der Sudetendeutschen

Liebe Landsleute!

Anfang Mai stand die Weltöffentlichkeit im Zeichen des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa. Zwar standen im Mittelpunkt der Wahrnehmungen primär die Freude und Genugtuung über das Ende der Kriegshandlungen und damit auch das Ende der nationalsozialistischen Diktatur, allerdings getrübt durch die Trauer um Millionen Tote und durch die Fassungslosigkeit über die damaligen Verhältnisse. Deutschland war in seiner Staatlichkeit zerstört, die Infrastruktur, Städte und Wirtschaft in Trümmern; Millionen entwurzelt und auf der Flucht und die Soldaten überwiegend in Kriegsgefangenschaft. Rund 14 Millionen Deutsche in den östlichen Reichsgebieten, im Sudetenland und im Südosten Europas bangten um ihre Zukunft.

Zwar begannen z.T. schon vor dem Kriegsende, nach dem Einmarsch der Roten Armee, in einigen Teilen des Sudetenlandes durch tschechische „Partisanen“ erste brutale Vertreibungen und die Verweigerung der Rückkehr von Trecks, die vor der russischen Front geflohen waren, aber es gab noch keine offiziell verkündete Vertreibung. Diese fand dann erst nach Kriegsende bürokratisch organisiert — trotzdem aber nicht „humaner“ — in der großen Masse von Januar bis September 1946 statt.

Diese entwurzelten, bis auf 20 bis 50kg Gepäck jeglicher Habe und Wertsachen beraubten Menschen kamen in Viehwaggons „verladen“ in ein zerstörtes Land, in dem Hunger, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und bittere Not herrschten. Dass für viele der Alteingesessenen die Freude nicht sehr groß war, wenn sie auf behördliche Anweisung einzelne dieser Vertriebenen oder ganze Familien in ihr Haus oder in ihre Wohnung aufnehmen sollten, ist durchaus verständlich und nachvollziehbar. Eine der Motivationen Stalins für diesen „Bevölkerungstransfer“ war ja angeblich auch die Hoffnung, dass die damit geschaffenen Spannungen früher oder später die Schaffung stalinistischer Strukturen ermöglichen würden.

Die tatsächliche Entwicklung verlief dann doch anders. Die Deutschen — Eingesessene und Vertriebene — entwickelten mit viel Selbstbehauptungswillen, Phantasie und Energie bewundernswerte Kräfte, dieses Land wieder aufzubauen und sich selbst wieder eine neue Existenzgrundlage zu schaffen.

Durch die Vertreibung waren alte Dorfgemeinschaften zerrissen, zum Teil auch die Familien, von denen die Männer weitgehend in Kriegsgefangenschaft waren. Kontaktmöglichkeiten gab es praktisch nur über Suchdienste, vor allem des Roten Kreuzes. Hinzu kam, dass die einzelnen Besatzungszonen abgeschottet und Reisen — soweit schon Züge wieder fuhren — über die Zonengrenzen hinaus nur mit besonderer Erlaubnis möglich waren.

In dieser Phase des Überlebenskampfes und des Neuaufbaus waren die Vertriebenen besonders belastet: Sie verfügten über keinerlei materielle Basis, nicht einmal die einfachsten Haushaltsartikel. Sie waren auf ihr erlerntes oder erarbeitetes Wissen und Können und auf ihren Überlebenswillen angewiesen. Rückschauend kann man feststellen, dass es dem Gros dieser entwurzelten Menschen gelungen ist, unter großen Entbehrungen mit Fleiß, Ausdauer und Beharrlichkeit wieder eine neue Existenz aufzubauen, oftmals auch in neuen Berufen. Sie haben durch ihre Leistungen auch einen Anteil am Wiederaufbau Deutschlands erbracht, sich damit den Respekt der Alteingesessenen erworben und sich damit in die deutsche Gesellschaft integriert.

Sie haben dabei aber ihre angestammte Heimat nie vergessen. Am Anfang bestand auch noch — von der Politik

geteilt — weit verbreitete Hoffnung auf eine Rückkehr. Aber durch die politische Entwicklung in den osteuropäischen Staaten hin zu kommunistisch-stalinistische Strukturen rückten die alten Heimatregionen in unerreichbare Ferne: Der Eiserne Vorhang hatte Europa und die Welt geteilt. Und damit waren auch fast alle Kontaktmöglichkeiten in die alten Heimatgebiete unmöglich geworden.

Die Alliierten hatten zunächst jegliche Organisation der Vertriebenen strikt untersagt, in der sowjetischen Zone gab es bei Strafe bis zum Ende der DDR offiziell überhaupt keine „Vertriebenen“, sondern einfach „Umsiedler“. Und im Juni 1950 wurde von Walter Ulbricht und Antonin Zapotock als Ministerpräsident der CSSR das „Prager Protokoll“ unterzeichnet, mit dem die Vertreibung der Sudetendeutschen als „unabänderlich, gerecht und endgültig“ bezeichnet wurde.

Zwar bildeten sich im Westen bald eine Reihe von Einrichtungen der Vertriebenen zur Selbsthilfe im sozialen und kirchlichen Bereich, die ersten Landsmannschaften im heutigen Sinn entstanden aber erst im Jahre 1948.

Auf diesem Hintergrund muss man die zwei Dokumente sehen, die vor nunmehr 70 Jahren — also fünf Jahre nach Kriegsende und dem Beginn der Vertreibung — abgeschlossen worden sind: Am 4. August 1950 das „Wiesbadener Abkommen“ in Wiesbaden und am 5. August 1950 die „Charta der Heimatvertriebenen“ in Stuttgart.

Beide Abkommen stimmen in der Gesamtlinie ihrer Aussagen überein und beschreiben die zukünftige Politik der Vertriebenenverbände: Verzicht auf Rache und Vergeltung, Ausgleich und Verständigung mit den Nachbarvölkern, Schaffung eines geeinten, demokratischen und freien Europa, Selbstbestimmung und Recht auf die Heimat, Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und Wiedergutmachung erlittenen Unrechts.

Formal unterscheiden sich die beiden Dokumente darin, dass es sich bei der „Charta“ um eine einseitige „Feierliche Erklärung“ handelt, die von Vertretern der deutschen Heimatvertriebenenverbände (,,die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebener“) abgegeben worden ist und die sich an die gesamte Öffentlichkeit im In- und Ausland richtet, während das Wiesbadener Abkommen ein zweiseitiges Abkommen zwischen Repräsentanten sudetendeutscher und exiltschechischer Organisationen darstellt, nämlich der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ (Vorgänger des heutigen „Sudetendeutschen Rates“) in München und des „Tschechischen Nationalausschusses“ im Exil in London

Dabei ist primär nicht entscheidend, wie dieses bilaterale Abkommen formaljuristisch zu beurteilen ist. Politisch ist von Bedeutung, dass nach den harten, kontroversen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der CSR in den Jahren 1919 bis 1938, nach „München“ und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und schließlich nach der Vertreibung mit all ihren Folgeerscheinungen, sich Sudetendeutsche und Tschechen zusammengesetzt haben und den Versuch unternommen haben, ein Konzept zu erarbeiten, das die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in Europa sicher stellen kann.

Dass auf tschechischer Seite die Federführung für dieses Projekt bei dem Armeegeneral Lev Prchala lag, dem Mann, der 1938 im Führungsstab von Präsident Benes derjenige war, der bis zuletzt auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Hitlerdeutschland drängte, gibt der getroffenen Regelung ein besonderes Gewicht.

Generell wird man sagen können, dass es wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid lag, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache, Gewalt und Vergeltung zu unterbrechen, gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der Handelnden und deren Mut, Neues umzusetzen, dass mit diesem ersten Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaftig visionäre Züge trug.

Die Absage an jede Art von Totalitarismus und Kollektivschuld, die Anerkennung und Wiedergutmachung des auf beiden Seiten erlittenen Unrechts, der Wunsch nach Befreiung des tschechischen Volkes vom kommunistischen Zwangsregime und das Ziel einer auf freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes und Freiheit beruhenden Ordnung in einem freien und demokratischen Europa waren damals an Utopie grenzende Vorstellungen. Sie wurden aber in der Folgezeit zur Grundlage und Richtschnur für die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft seither kontinuierlich betriebene Politik des Ausgleichs und der Verständigung. Heute gehören sie zum alltäglichen Vokabular der großen Politik, bereiten allerdings in der praktischen Umsetzung oft Schwierigkeiten.

Dennoch ist in den vergangenen 70 Jahren — vor allem aber nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der „Samtenen Revolution in“ Tschechien — auf der geistigen Basis der im Wiesbadener Abkommen angedachten Konzeption viel erreicht worden: Das freie und demokratische Europa ist Realität, in Prag wirkt das Sudetendeutsche Büro als Brückenbauer und Kontaktbörse; es gibt eine Fülle von deutsch-tschechischen Projekten auf den verschiedensten Ebenen; der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds und das Dialogforum arbeiten basisnah und effektiv; das Thema Sudetendeutsche und Vertreibung, aber auch Sudetendeutsche als Kulturträger ist in Tschechien immer wieder im öffentlichen Gespräch und in den Medien — vor allem auch bei der jüngeren Generation; die Anwesenheit von Repräsentanten der tschechischen Staatlichkeit beim

Sudetendeutschen Tag und anderen Veranstaltungen ist fast zur Selbstverständlichkeit geworden; Gedenkveranstaltungen wie beispielsweise der Brünner Friedensmarsch, an der Brücke in Aussig, in Komotau und in Postelberg usw. wurden meist von jungen Tschechen initiiert und später teilweise von öffentlichen Instanzen gefördert. Ich will es bei diesen Beispielen belassen, die meisten von Ihnen kennen die Praxis besser durch Ihre eigenen Aktivitäten.

Dies ist eine Erfolgsbilanz, die sich sehen lassen kann. Sie ist aber das Ergebnis harter Arbeit und des idealistischen, weitestgehend ehrenamtlichen Einsatzes unzähliger Landsleute, Freunde und Verbündeter, darunter auch Sie als Amtsträger und Mitglieder dieser Bundesversammlung. Ihnen allen gilt mein tief empfundner, aufrichtiger Dank.

Es bleibt aber weiterhin viel zu tun.

Trotz aller Erfolge müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir von einer völlig belastungsfreien Normalität im Verhältnis von Sudetendeutschen und Tschechen noch weit entfernt sind. Noch gibt es viele Mythen, Vorurteile und mangelndes gegenseitiges Verstehen, die die gemeinsamen Beziehungen belasten und sich u.a. darin äußern, dass immer noch eine beachtlich große Zahl von Tschechen die Vertreibung als gerecht und in Ordnung ansieht. Die Ursache dafür liegt oft weniger am bösen Willen, als vielmehr an mangelnder historischer und politischer Bildung. Es gibt immer noch bei führenden tschechischen Politikern vor allem auf der oberen Ebene gewisse Berührungsängste im offiziellen Umgang mit Sudetendeutschen, was aber auch seine Ursache im derzeit labilen innenpolitischen Parteiengefüge haben kann. Und nicht nachvollziehbar ist schließlich, dass bis in die jüngste Zeit immer wieder tschechische Gerichte ihre Entscheidungen mit Präsidentendekreten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit begründen, die gegen fundamentale Rechtsprinzipien freiheitlich demokratischer Grundwerte der EU verstoßen. Erstaunlich ist allerdings auch, dass die EU dies bisher nicht moniert.

Liebe Landsleute, wir Sudetendeutsche müssen die Probleme aufzeigen und im Dialog Informationen und Aufklärung geben, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Es gibt auf tschechischer Seite zunehmend Menschen, die zu einem solchen Dialog bereit sind. Das Wiesbadener Abkommen zeigt die Bausteine auf, mit denen mit gutem Willen Lösungen erarbeitet werden können.

Für uns bedeutet dies: Wir haben ein in der Vergangenheit bewährtes Grundkonzept für die Zukunft. Die Erfolge der Vergangenheit und Gegenwart sollten uns ermuntern, den beschrittenen Weg des Ausgleichs und der Verständigung auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundwerte der Menschenrechte und der Selbstbestimmung tatkräftig und mit Augenmaß konsequent weiter zu beschreiten. Dazu erbitte ich auch für die Zukunft Ihre weitere Mit- und Zusammenarbeit.

Mit landsmannschaftlichen Grüßen der Verbundenheit!

Ihr

Reinfried Vogler

Iris Ripsam im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und baden-württembergische Landesvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU, Stadträtin Iris Ripsam, wurde vom Deutschen Bundestag in den Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gewählt.

Die Stiftung, 2008 auf Beschluss der Bundesregierung errichtet, hat den Auftrag, „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten“.

Die baden-württembergischen Landesvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU, Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D.

Iris Ripsam, durch die familiären Wurzeln im Sudetenland seit der Kindheit mit den Vertriebenen verbunden, gehört seit über drei Jahrzehnte der Sudetendeutschen Landsmannschaft an und ist stellvertretende Kreisobfrau der Stuttgarter sudetendeutschen Kreisgruppe. Die engagierte Christdemokratin, seit 1999 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates und von 2008 bis 2009 Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, gehört als Schatzmeisterin auch dem Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung von CDU und CSU an. Seit Mai 2017 steht die Stuttgarter Kommunalpolitikerin auch an der Spitze des Bund der Vertriebenen in Baden-Württemberg und war von Juni 2016 bis Oktober 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Helmut Heisig

- UdVF-Baden-Württemberg –

Versöhnung und Verständigung im Mittelpunkt

v.l.n.r.: Ministerialrat Dr. Stefan Lehr vom Innenministerium Baden-Württemberg, die Landesvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Baden-Württemberg und des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, CDU-Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D., der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Joschi Ament, der CDU-Landtagsabgeordnete Konrad Epple, die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Andrea Krueger, der Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Hartmut Liebscher und der Bundesgeschäftsführer des Bessarabiendeutschen Verein e.V., Günther Vossler.

Am „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“, der weltweit auch als „Weltflüchtlingstag“ begangen wird, erinnerte die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Baden-Württemberg in den vergangen Jahren gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen Baden-Württemberg und der Jungen Union Baden-Württemberg in einer Veranstaltung im Großen Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt an die Opfer von Flucht und Vertreibung und diskutierte in ihren „Stuttgarter Gesprächen“ über die aktuelle Situation der Flüchtlingspolitik. Aufgrund der Corona-Pandemie musste jedoch in diesem Jahr dieses traditionelle „Stuttgarter Gespräch“ ausfallen und so sprach die Landesvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Baden-Württemberg und des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D. in diesem Jahr im Rahmen einer Kranzniederlegung des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg am Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung beim Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt.

Zu der von Bläsern der „Siebenbürgisch Sächsischen Blaskapelle Stuttgart“ musikalisch umrahmten Veranstaltung, konnte der Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Hartmut Liebscher, dann auch wieder zahlreiche Ehrengäste begrüßen, zu denen auch der CDU-Landtagsabgeordnete Konrad Epple, die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Andrea Krueger, CDU-Alt-Regionalrat Hans-Werner Carlhoff und Ministerialrat Dr. Stefan Lehr aus dem Innenministerium Baden-Württemberg zählten.

UdVF-Landesvorsitzende Iris Ripsam erinnerte in ihrer Ansprache zunächst an die Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges, bei der 15 Millionen Menschen ihre Heimat, ihre Familien oder auch ihr Leben verloren haben. An diesem Gedenktag werde aber auch im Rahmen des „Weltflüchtlingstages“ an die aktuelle Situation von Flucht und Vertreibung gedacht, die gegenwärtig mit über 70 Millionen Menschen auf der Flucht, weltweit eine unvorstellbare Zahl an Flüchtlingen erreicht habe, wovon die Hälfte der flüchtenden Menschen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind.

In ihrer Rede, die über YouTube live weltweit übertragen wurde, erwähnte die Stuttgarter CDU-Stadträtin auch die während der Vertreibung erfolgten An- und Übergriffe gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen und erinnerte daran, dass über 2 Millionen Menschen aufgrund von Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren haben. Das Leid und die Erfahrungen aus dem Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen dürfe deshalb nicht vergessen werden, so die Christdemokratin weiter, die sich für eine Stärkung der Erinnerungskultur ausspricht und dabei auch die Betrachtung der deutschen Kultur- und Siedlungsgeschichte im östlichen Europa wachhalten möchte. „Für uns steht der Gedanke von Versöhnung und Verständigung im Mittelpunkt“, machte Iris Ripsam deutlich und erwähnte in diesem Zusammenhang die Aufnahme von Aussiedlern und Spätaussiedlern und deren Integration in Deutschland. Auch gehöre Flucht und Vertreibung zur deutschen und europäischen Geschichte und so müssten die Erfahrungen der Geflüchteten, der Vertriebenen und der deutschen Minderheiten gehört und die Erinnerung und Kultur gepflegt werden. Daraus müsse natürlich gelernt werden, so die Christdemokratin, die auch das aktuelle Thema der Migration und Integration in ihrer Rede nicht unerwähnt ließ. Dazu brauche es nach Meinung der Politikerin konstruktive, humane und europäische Antworten, die den Menschen gerecht wird und Integration gelingen lässt.

Zum Abschluss erinnerte Ministerialrat Dr. Stefan Lehr vom Innenministerium Baden-Württemberg in einem Grußwort an die herausragende Bedeutung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, mit der die Vertriebenen den Weg dazu freigemacht hätten, dass Deutschland mit allen seinen Nachbarn, stabile und friedliche Beziehungen pflegen kann.

Helmut Heisig
- UdVF-Baden-Württemberg -

20 Jahre Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN (ZGV)

Hierzu erklärt der Vorsitzende,
Dr. Christean Wagner:

Vor 20 Jahren, am 6. September 2000, wurde von den Vertriebenen und ihren Verbänden sowie mit breiter Zustimmung aus vielen gesellschaftlichen Richtungen und politischen Gruppen die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Wiesbaden gegründet.

Die Stiftung will das Thema Flucht und Vertreibung als Teil deutscher und europäischer Geschichte nicht nur als historisches und kulturelles Forschungsgebiet identifiziert wissen, sondern als lebendige Erinnerung und als Mahnung mitten in unserer Gesellschaft verankern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der mehr als 14. Millionen Deutschen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg von Flucht und Vertreibung betroffen waren, sondern auch um die Schicksale vieler anderer europäischer Völker. Das ZgV steht in Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Genozid.

Während der Gründungsphase gab es kontroverse politische und historische Auseinandersetzungen um die Stiftung, u.a. unterstellte man ihr, völlig zu Unrecht, rückwärtsgewandte Intentionen. Unter der Federführung von Erika Steinbach – der Initiatorin, damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen – sowie dem SPD-Politiker Peter Glotz entwickelte die Stiftung allerdings erfolgreich Diskussionsforen, organisierte Veranstaltungen und brachte das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges in die breite Öffentlichkeit.

Früh erhielt die Stiftung zahlreiche Unterstützung. Unter anderen sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt für ein Zentrum gegen Vertreibungen aus. Auch unter Historikern, wie z.B. Julius H. Schoeps, Lothar Gall und Michael Wolffsohn, fanden sich viele Befürworter. Zu ihnen zählte auch der Journalist Ralph Giordano.

Dies alles führte schließlich auch dazu, dass die Bundesregierung die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gründete.

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht. Es ist gelungen, im politischen und gesellschaftlichen Raum das Bewusstsein zu schaffen, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen als Teil der gesamtdeutschen Geschichte in dauerhafter Erinnerung bleiben muss.

Unter dem Dach des ZgV wurde 2006 die erste Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ unter großer internationaler Beachtung im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. 2009 folgte die Ausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ und 2011 „Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“. 2012 wurden alle drei Ausstellungen unter dem Titel „HeimatWEH – Eine Trilogie“ in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kronprinzenpalais eröffnet. In jüngster Zeit sind 2016 „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ und 2018 „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ in der Frankfurter Paulskirche der Öffentlichkeit präsentiert worden. Inzwischen sind diese Wanderausstellungen in der ganzen Bundesrepublik von Millionen Menschen gesehen worden, darunter von vielen Schulklassen und Jugendlichen. Kataloge, Unterrichtsmaterial, Zeitzeugeninterviews, Filme sowie Veranstaltungen zum Thema begleiten die Wanderausstellungen.

Neben der Ausstellungstätigkeit verleiht die Stiftung alle zwei Jahre den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, in diesem Jahr also zum zehnten Mal. Der Preis wird an Einzelpersonen, gelegentlich aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer, rassischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Zu den Preisträgern gehören u.a. die Nobelpreisträgerin Herta Müller, der Historiker Michael Wolffsohn und in diesem Jahr Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.

Flucht und Vertreibungen sind leider nicht nur Vergangenheit, sondern auch leidvolle aktuelle Gegenwart. Die Vermittlung von Geschichte und der nationen- und generationenübergreifende Diskurs dazu sind auch Mittel zur Verständigung der europäischen Völker.

Daher bleibt die Arbeit der Stiftung auch für die Zukunft von hoher aktueller Bedeutung.

Der Landesobmann hat das Wort

Liebe Landsleute, liebe Freunde, liebe Leserinnen und Leser,
das Jahr 2020 ist ein Jahr des Gedenkens und Erinnerns.
Beginn von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs, Potsdamer Konferenz vor 75 Jahren, das Wiesbadener Abkommen und die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 70 Jahren sind hier zu nennen.
Berichte von Gedenkveranstaltungen in Stuttgart bilden daher in diesen „Nachrichten der Sudetendeutschen in Baden-Württemberg“ den Schwerpunkt. Das Wiesbadener Abkommen, unterzeichnet am 4. August 1950 und die tags darauf in Stuttgart vor Hundertausenden verkündete Charta der deutschen Heimatvertriebenen waren seither Richtschnur für die tägliche Arbeit der Sudetendeutschen. Das „Recht auf die Heimat“ in einem zusammenwachsenden Europa spielt dabei bis heute die zentrale Rolle. Dieses „Recht auf die Heimat“ findet sich, wie Frau Eisenmann anlässlich der Gedenkfeier zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart ausführte auch in der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Leider wird der im Text genannte Artikel „die“ oftmals verschluckt. Denn es geht nicht um irgendeine Heimat. Es geht um „die Heimat“.
In den sieben Jahrzehnten seit Unterzeichnung dieser beiden wegweisenden Dokumente hat sich wahrlich viel ereignet.
Seit drei Jahrzehnten, beginnend mit den friedlichen Demonstrationen unserer mitteldeutschen Landsleute in der damaligen DDR und Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion sowie mit der Samtenen Revolution in der damaligen Tschechoslowakei, zerfiel das bis dahin gültige politische System. Schranken waren gefallen. Eine neue Zeitrechnung brach an.
Es herrschte Aufbruchstimmung – auch bei den Sudetendeutschen – und ich erinnere mich, wie in einer Vorstandssitzung des Heimatkreises Reichenberg unser damaliger Vorsitzender Ossi Böse die Chancen zukünftiger Verbandsarbeit, die Chancen eines zusammenwachsenden Europas, die Chancen eines Näherrückens von Sudetendeutschen und Tschechen sah.

„Doch Tatkraft und Vertrauen sind vorhanden. Auch 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung. “

Tatkräftig packte ich an und organisierte eine Fahrt in die Heimat, die jahrzehntelang hinter dem Eisernen Vorhang verborgen war. Das war der Beginn von drei Jahrzehnten stetig wachsender grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Mitte Europas.
Rückblickend muss ich feststellen, dass vieles möglich war, was heute im Bürokratiedschungel versanden würde. Sehr schnell wurden Begegnungszentren aufgebaut, verteilt über Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien. Ein neuer Landesverband der deutschen Minderheit entstand. Zweisprachige Schulen, in denen seither Deutsch und Tschechisch gelernt wurde, entstanden. Und in Reichenberg/Liberec wurde im Jahr 2000 auf dem Platz der 1938 niedergebrannten Synagoge ein deutsch/tschechisches Gemeinschaftswerk feierlich enthüllt – die neue Bibliothek, der „Bau der Versöhnung“ mit einem Betraum für die jüdische Bevölkerung. Auch das liegt nun schon zwei Jahrzehnte zurück. So schnell vergeht die Zeit.
In diesen letzten drei Jahrzehnten, aber auch in den Jahrzehnten davor, waren es die deutschen Heimatvertriebenen, die Sudetendeutschen und all die anderen, die sich für ein gemeinsames Europa stark machten. Wussten sie doch aus leidvoller Erfahrung, dass nur ein gemeinsames Europas Garant für Sicherheit, Garant für Frieden sein können. An diesem gemeinsamen Haus Europa weiterzuarbeiten steht also auf der Todo Liste weit oben.
Denn noch sind nicht alle Arbeiten abgeschlossen und es ist noch viel zu tun. Doch Tatkraft und Vertrauen sind vorhanden. Auch 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung.
Die landsmannschaftliche Arbeit mag in Zeiten der Corona-Pandemie eingeschränkt sein. Doch mit den neuen Corona-Verordnungen der einzelnen Bundesländer kehrt auch das langsam zurück, was nicht nur die Sudetendeutschen in den letzten Wochen und Monaten so sehr vermisst haben – die Geselligkeit und gemeinsame Veranstaltungen.
Mit dem Tag der Heimat am 20.9.2020 in Stuttgart konnte erstmals wieder eine größere Veranstaltung in Baden-Württemberg stattfinden. So hoffe ich, dass wir uns in diesem Jahr noch öfter sehen werden, um gemeinsam für unser vereintes Europas, um gemeinsam für die sudetendeutsche Frage zu kämpfen.

Bleiben Sie auf Abstand – bleiben Sie gesund

Ihr

Ihr Klaus Hoffmann

Stiefkinder des Wirtschaftswunders?
Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs
(1952 – 1975)
Manfred Kittel
672 Seiten, Klappenbroschur, 1. Auflage, erschienen im Juli 2020
Preis: 68,00 €
(zzgl. Versandkosten, innerhalb D. versandkostenfrei)
Größe: 22,5 x 15 cm
ISBN 978-3-7700-5349-0
Droste Verlag Martin Luther-Str. 26 D 40212 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 8 60 52 06
Internet: www.droste-verlag.de
Bestellungen: kontakt@droste-verlag.de
Kürzlich erschien ein umfangreiches Buch über den Lastenausgleich für Heimatvertriebene in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Politik und die Debatten rund um seine Gesetzgebung. Verfasser ist Professor Manfred Kittel, Jahrgang 1962, der Neueste Geschichte an der Universität Regensburg lehrt. Von 2009 bis 2015 war er Gründungsdirektor der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin. Seit 2015 forscht er am Deutschen Historischen Museum und am Bundesarchiv wieder über zeithistorische Themen. Beim 65. Sudetendeutschen Tag in Augsburg 2015 wurde er mit dem Sudetendeutschen Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

HANS WATZLIK
Sein Werk im Spiegel der Zeiten
Hardcover, gebunden.
500 Seiten, davon 157 in Farbe, über eintausend Abbildungen, 2020 erschienen
Preis: 58,99 €
(in D. versandkostenfrei)
Größe: 21 x 29 cm (Großformat)
ISBN 978-3-347-08064-5
Verlag „Tredition“ – www.tredition.de
R.F., Nägelestraße 1, D 70734 Fellbach
Tel.: +49 (0) 711 58 67 23
Internet: www.reinhold-fink.de
Bestellungen: watzlik@reinhold-fink.de

Reichenberger Heimatkalender 2021
Der 22. Jahrgang des Reichenberger Heimatkalenders befasst sich wieder mit der Geschichte Reichenbergs. Wie bereits die Ausgabe 2020 ist auch der Kalender 2021 wieder zweisprachig.
Preis: 10,00 € + Verpackungs-/Portokosten

Bestellung bei:
Heimatkreis Reichenberg Stadt und Land e.V., Urd Rothe-Seeliger, Troppauer Str. 28, 84478 Waldkraiburg
Tel. 0171/6413272
Fax 08638/8863520
E-Mail: mail@heimatkreis.de

KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS * BRANDAKTUELL
Zum ersten Mal ist ein Buch des Sprechers der Sudetendeutschen Volksgruppe, des langjährigen Münchner Europaabgeordneten Bernd Posselt, in tschechischer Sprache erschienen. Es heißt „Bernd Posselt vypráví o Evropě“ und wurde jetzt vom Prager Pulchra-Verlag der tschechischen Öffentlichkeit vorgestellt. Der Band fußt auf dem erfolgreichen Titel „Bernd Posselt erzählt Europa“, den der Regensburger Pustet-Verlag mittlerweile zum zweiten Mal aufgelegt hat.
KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS * BRANDAKTUELL

Kurz berichtet

Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Klaus Hoffmann wendet sich an Oberbürgermeister Belz von Böblingen und Bürgermeister Paulowitsch von Kernen
Böblingen, Patenstadt der Deutschen aus dem nordböhmischen Niederland seit 1964, sucht nach einem neuen Museumskonzept. Da in den bisherigen Überlegungen die Heimatstube, das Museum der Niederländer, bisher nicht angesprochen ist, wandte sich der Landesobmann an Oberbürgermeister Belz mit der dringenden Bitte die Patenschaft weiter zu pflegen und den Niederändern auch zukünftig einen Raum in der Stadtgeschichte Böblingens einzuräumen.
Einen weiteren Brief sandte er an den Bürgermeister von Kernen in seiner Eigenschaft als stellv. Landesvorsitzendes BdV. Die dortige Kreisgruppe ist im Gespräch mit dem Stadtoberhaupt und den Gemeinderäten eine Gedenktafel für die Opfer von Flucht und Vertreibung zu errichten.

Böhmisch-mährisch-schlesisches Trachtenmuseum
Bei Kuttenberg / Kutná Hora in der mittelböhmischen Ortschaft Kleinstadt Wostrow / Ostrov entsteht ein neues privates Trachtenmuseum. Dort sollen alle Trachtenlandschaften der böhmischen Länder gezeigt werden – auch sudetendeutsche.

Sächsischer Premierminister besucht Reichenberg / Liberec
Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, traf sich mit dem tschechischen Premierminister Andrej Babiš im nordböhmischen Reichenberg / Liberec.
Auf der Tagesordnung standen Forschung, Gesundheit, Bildung und Verkehrspolitik.
Das Treffen fand in der Bibliothek, dem „Bau der Versöhnung“ statt. Das Gebäude wurde auf dem Platz errichtet in dem 1938 die Synagoge der jüdischen Gemeinde niedergebrannt wurde.
Die sächsische Regierung lobt die beiderseitigen Beziehungen als eng und intensiv.

Begegnung der Jugend in Tepl unter Corona-Bedingungen
Dank der Zuwendung seitens des BMI und der Gemeinde Netschetin / Nečtiny konnte auch im Jahr 2020 zwischen dem 14. und 16. August das besonders bei den Kindern beliebte Projekt durchgeführt werden: die 27. Jugendbegegnung am früheren Klosterfriedhof des Stiftes Tepl / Teplá bei Marienbad / Mariánské Lázně.

Botanischer Garten in Reichenberg/ Liberec beherbergt kleinste und größte Seerose der Welt
Der Botanische Garten in Reichenberg (tschechisch: Botanická zahrada Liberec) ist eine wissenschaftliche Einrichtung in Reichenberg/Liberec und der älteste botanische Garten in der Tschechischen Republik. Er wurde bereits 1876 geschaffen und 1895 an einen neuen, heute nicht mehr genutzten Standort verlegt. Seine frühe Entwicklung geht auf den Verein der Naturfreunde in Reichenberg zurück.
Dort stehen einträchtig nebeneinander die kleinste und die größte Seerose der Welt: die Nymphaea thermarum und die dominante Victoria.

Kulturraumkonferenz in Reichenberg/ Liberec
Vertreter von Kultur und Politik aus Deutschland, Tschechien und Polen trafen sich in Reichenberg/Liberec zu einer grenzüberschreitenden Kulturraumkonferenz. Hintergrund war einerseits die Bewerbung der Partnerstadt Zittau als europäische Kulturhauptstadt, andererseits die mögliche Bewerbung Reichenbergs für das Jahr 2028. Zudem wurden die Themen Kreativwirtschaft, traditionelles Handwerk und Film in der Euroregion Neisse behandelt.

Aus der Nachbarschaft

Neue Geschäftsleitung des Verbandes der Deutschen in Reichenberg

Věra Straková fällt aus gesundheitlichen Gründen für eine längere Zeit aus. Petra Laurin hat kommissarisch die Geschäftsleitung des Verbands der Deutschen (VdD) in Reichenberg übernommen.
Damit haben sich die Kontaktdaten auch verändert:
Verband der Deutschen in den Regionen Reichenberg, Lausitz – Nordböhmen e.V.
Begegnungszentrum Reichenberg
(SVAZ NĚMCŮ V REGIONECH LIBEREC,LUŽICE-SEVERNÍ ČECHY,z.s.)
Ruprechtická 254/119
CZ 460 14 Liberec XIV - Ruprechtice
Tel: 00420/732 551 425
E-Mail: reichenberg.bgz@gmail.com

Beauftragte für Menschenrechte zu Besuch bei der deutschen Minderheit

Von Prag bis nach Troppau in Schlesien sind es etwa 370 Kilometer. Diesen weiten Weg nahm Helena Válková in ihrer Funktion als Beauftragte der Regierung für Menschenrechte auf sich, um dort mit der deutschen Minderheit zu sprechen.
Am Wochenende vom 24. bis 26. Juli veranstaltete die Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik ein „Seminar für Führungskräfte der deutschen Minderheit“ im schlesischen Troppau (Opava). Im Rahmen eines Besuchs der Justizministerin a.D. und derzeitigen Beauftragten der tschechischen Regierung für Menschenrechte, Helena Válková (ANO), erhielt die deutsche Minderheit die Gelegenheit, mit einer direkten Vertreterin der tschechischen Regierung über ihre Anliegen zu sprechen.

Dass hochrangige Politiker Tschechiens der deutschen Minderheit ihr Ohr und mehrere Stunden ihrer Zeit schenken, kommt nicht oft vor und ist lange keine Selbstverständlichkeit. Martin Dzingel, Präsident der Landesversammlung, und Richard Neugebauer, stellvertretender Vorsitzender des schlesisch-deutschen Vereins in Troppau, dankten Frau Válková für ihren Besuch und die Möglichkeit des Dialogs. Der Umstand, dass Frau Válková selbst einen mehrnationalen Familienhintergrund hat und ausgezeichnet Deutsch spricht, trug dazu bei, sich auf Augenhöhe und in einer vertrauensvollen Atmosphäre unterhalten zu können.

Deutsch als Minderheitensprache
Die deutsche Minderheit ist mir im Herzen nah.“ Mit diesem Satz zeigte Frau Válková gleich zu Beginn des etwa anderthalbstündigen Gesprächs ihre Bereitschaft und den Willen, sich entschlossen für die Belange der deutschen Minderheit einzusetzen. Da die deutsche aber nur eine von insgesamt 14 nationalen Minderheiten in der Tschechischen Republik ist, die alle ihre eigenen besonderen Bedürfnisse haben, sei dies nicht einfach, so Válková. Schließlich dürfe keine der Minderheiten über die anderen gestellt werden. Was die deutsche Minderheit in Tschechien angeht, die eher eine der kleineren Minderheiten darstellt, zeigte sie sich aber optimistisch, ihre Belange gut gegenüber der Regierung vertreten zu können. Premierminister Andrej Babiš (ANO) habe ihr die volle Unterstützung zugesagt, um das tun zu können, „was für die Zukunft beider Nationen wichtig ist“, wie sie ihn zitierte. Insgesamt sei noch etwas mehr als ein Jahr Zeit – nämlich bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Oktober 2021 – um wichtige Schritte „in die richtige Richtung“ zu unternehmen.
Einer dieser Schritte ist das Vorhaben, den Schutz der deutschen Sprache in Tschechien im Rahmen der Europäischen Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen des Europarats von Stufe II auf Stufe III zu erhöhen. Damit würde die deutsche Sprache in den Schulen Tschechiens nicht mehr nur als Fremdsprache, sondern als eine Minderheitensprache gelehrt. Als Konsequenz wäre der tschechische Staat verpflichtet, das Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache massiv auszuweiten und in den Regionen, in denen die deutsche Minderheit lebt, auch in Grundschulen anzubieten. Bereits im letzten Jahr reichte die Landesversammlung einen dementsprechenden Antrag bei Premierminister Babiš ein, der dem Vorhaben erstmal positiv geneigt war. Seither befasst sich eine Expertenkommission mit dem Anliegen. „Der Weg ist nicht einfach und auch nicht ungefährlich, aber man sollte es versuchen“, sagte Válková dazu. Bislang genießen nur die polnische sowie slowakische Sprache diesen besonderen Schutz.

Deutsch-tschechische Grundschulen in Eger und Gablonz
Wie wichtig ein Erfolg des Vorhabens wäre, zeigten auch die Berichte der Vereine aus den einzelnen Regionen. Renata Smutná aus Trautenau (Trutnov), stellte dar, dass im dortigen Begegnungszentrum zwar Deutschkurse für Kinder im Vorschulalter angeboten werden, ein weiterführendes Angebot in den Grundschulen bestehe allerdings nicht. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass namhafte deutsche Unternehmen in der Region ansässig sind, sei das eine nicht nachvollziehbare Situation, so Smutná. Frau Válková stimmte zu und verwies auf die beiden bestehenden Leuchtturmprojekte in Eger (Cheb) und Gablonz (Jablonec nad Nisou), die die Landesversammlung mit ihrer Unterstützung angestoßen hat. In den beiden Orten soll ab dem Schuljahr 2021 jeweils eine deutsch-tschechische Grundschulklasse entstehen, die ein lückenloses Lernen der deutschen Sprache von der Grundschule bis zum Abitur ermöglichen wird. Dabei sei es laut Válková aber wichtig, dass die angrenzenden deutschen Bundesländer Sachsen und Bayern ihrerseits die Voraussetzungen erfüllen und genügend Deutsch-Lehrkräfte zur Verfügung stellen, was ihr Vertreter der beiden Landesregierungen aber zugesichert hätten.
Am Ende des Gesprächs appellierte Frau Válková an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Minderheit, in ihren Verbänden und Vereinen auf die geplante Volkszählung im nächsten Jahr hinzuweisen. Davon, wie viele Menschen in der Tschechischen Republik sich dabei zur deutschen Volkszugehörigkeit bekennen, hängt letztlich auch deren Zukunft ab. Nach dem Gespräch ging es für Frau Válková mit einer Delegation der deutschen Minderheit weiter nach Hultschin (Hlučín) – ähnlich wie in Eger und Gablonz könnte auch dort eine deutsch-tschechische Grundschule entstehen. Das Vorhaben befindet sich jedoch noch in der Prüfungsphase.

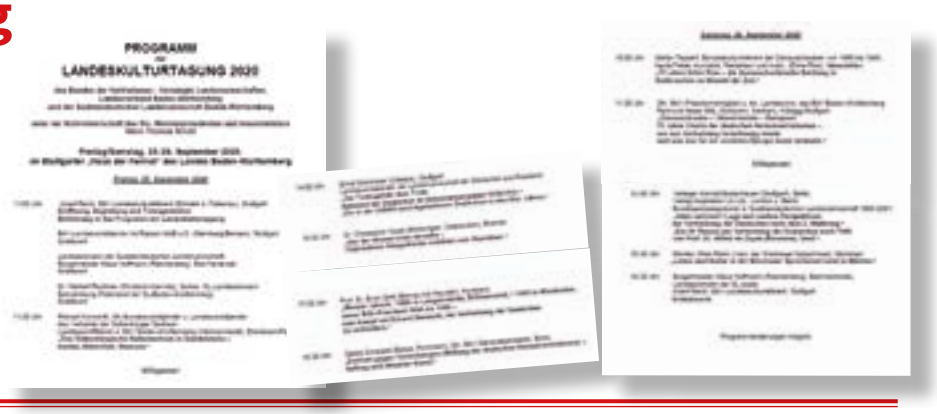
Tag der Heimat 2020 in Stuttgart

Der Tag der Heimat 2020 fand unter Corona-Bedingungen statt.
Ein ausführlicher Bericht folgt.
Hier das diesjährige Einladungsplakat.

BdV
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften
Festveranstaltung
Tag der Heimat
in der Landeshauptstadt Stuttgart
Sonntag, 20. September 2020, 14.00 Uhr
Liederhalle, Beethoven-Saal
Einlaß/Beginn 12.00 Uhr
Begrüßung
Albert Reich
BdV-Landesgeschäftsführer Stuttgart
Festansprache
Stv. Ministerpräsident und Innenminister
Thomas Strobl
Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler
Schlußwort
Iris Ripsam MdB a.D.
BdV-Landesvorsitzende Baden-Württemberg
Mitwirkende: Egerländer Jugendmusikgruppe, Leitung Prof. Dr. Armin Rosin, Egerländer Familiensingkreis Haag, Hirschsohn, Kindertanzgruppe Haag, Kulturgruppe, Tanzgruppe der Siebenbürgisch-Sächsischen Jugend Bayern
Gesamtleitung und Ansage: Hans-Joachim Liebscher,
Vorbereitendes BdV-Landesjugendreferat, Leitung Hannelore Liebscher,
Eintrittskarten: € 5,– / ermäßigt € 3,–
Kranzniederlegung am Mahmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Bad Cannstatt beim Kursaal, 11.00 Uhr
Veranstaltungsort: Landesgeschäftsstelle der Deutschen aus Ostmitteleuropa e. V. Leitung Landesgeschäftsführer Ernst Sommer
Veranstaltungsort: Landesgeschäftsstelle der Deutschen aus Ostmitteleuropa e. V. Leitung Landesgeschäftsführer Ernst Sommer

Landeskulturtagung

Die Landeskulturtagung 2020 von Sudetendeutscher Landsmannschaft und Bund der Vertriebenen in Baden-Württemberg fand am 25. und 26. September 2020 unter Corona-Bedingungen im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart statt,
Ein ausführlicher Bericht folgt.



Werden Sie noch heute Mitglied:

Liebe Leserinnen und Leser der Nachrichten der Sudetendeutschen aus Baden-Württemberg,
ein Virus veränderte das Jahr 2020, ein Jahr des Erinnerns und Gedenkens, fundamental. Viele Wochen, ja Monate waren alle Landsleute, Freunde und Wegbegleiter getrennt vom normalen Leben. Keine Veranstaltungen, keine Besuche. Freundschaften, über Jahrzehnte gewachsen, haben aber gehalten. Und so hat auch unsere Sudetendeutsche Landsmannschaft unter diesen erschwerten Bedingen gelitten, aber fest zusammengehalten.
Auch an uns ist das Virus nicht spurlos vorübergegangen. Wir freuen uns daher sehr, wenn Sie uns mit einer Spende unterstützen, damit wir unserer Arbeit auch weiterhin nachgehen können.
Ebenso freuen wir uns, wenn Sie sich für eine Mitgliedschaft in unserem Landesverband begeistern und noch heute das Aufnahmeformular ausgefüllt an uns zurücksenden.
Ihr Klaus Hoffmann,
Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft,
Landesgruppe Baden-Württemberg

Werden Sie noch heute Mitglied:

Beitrittserklärung

Mitgliedschaft Sudetendeutsche Landsmannschaft,
Landesgruppe Baden-Württemberg e. V.,
Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart

Vor- und Zuname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

geboren am in

Sudetendeutsche Herkunft (Ort/Kreis)

Beruf Telefon

E-Mail

Ich entrichte eine einmalige freiwillige Beitrittgebühr (für Mitgliedsbuch und Datenerfassung) von EUR und zahle einen Jahresbeitrag (Mindestbeitrag derzeit EUR 37,00) von EUR

Von meiner Anschrift und den weiteren persönlichen Daten darf nur Gebrauch gemacht werden für die Speicherung, Zusendung von Einladungen, Mitteilungen und Informationen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, ihrer Einrichtungen und Gliederungen an mich oder an meine örtliche zuständige Orts-, Kreis- bzw. Heimatgruppe sowie zur Veröffentlichung meiner persönlichen Daten für Zwecke, die im Vereinsinteresse liegen wie Geburtstag, Familiennachrichten oder Spenden.

Die Sudetendeutschen
Landesgruppe Baden-Württemberg

☐ Ich bitte um Zuweisung an die für meine Wohnsitz zuständige Orts- bzw. Kreisgruppe.

☐ Ich möchte unmittelbares Mitglied bei der Landesgruppe Baden-Württemberg in 70176 Stuttgart, Schlossstraße 92 sein und von diesem direkt betreut werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Die Schriftleitung informiert

Die letzte Ausgabe der Nachrichten der Sudetendeutschen aus Baden-Württemberg zierten Bilder unseres Landsmannes Herbert Klepsch vom Sudetendeutschen Tag in den fünfziger Jahren in Stuttgart.

Versehentlich unterblieb eine Veröffentlichung seines Namens bei den Bildquellen.
Die Schriftleitung entschuldigt sich auf diesem Weg für diesen Fehler und bedankt sich gleichzeitig für die Überlassung dieser historischen Aufnahmen.

Impressum:
Ausgabe 3/2020, September 2020 HERAUSGEBER: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Landesgruppe Baden-Württemberg e. V.Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711/62 54 11, Fax 0711/633 65 25, lgst@sudeten-bw.de
Erscheinungsweise: Vierteljährlich jeweils zum 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember
Bezugsgebühr: Euro 9,00 pro Jahr

Bankverbindung: Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 2 418 535
IBAN: DE12 6005 0101 0002 4185 35,
BIC: SOLADEST
Für den Inhalt verantwortlich: Klaus Hoffmann (Adresse wie oben).
Redaktionsschluss jeweils zum Ende des Vormonats. Gezeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion wieder.

Die Herausgabe der SL-Nachrichten wird aus Mitteln des baden-württembergischen Innenministeriums gem. § 96 Bundesvertriebenengesetz gefördert.

Bildquellen: Bund der Vertriebenen, BdV/bildkraftwerk, Helmut Heisig, Waltraud Illner, Klaus Hoffmann, Iris Ripsam, Petra Laurin